ROTE KOMMENTARE

21.1.70

Herausgegeben vom SozialistischenDeutschen Studentenbund, Heidelberg

Redaktion : R.Heß, c/o AStA, Grabengasse 14

Druck: J. Noth

WIE AUF DEM RÜCKEN DER WIEBLINGER POLITIK GEMACHT WIRD !

E s ist schon seit längerer Zeit bekannt, daß im Stadteil W ieblingen das Heidelberger Müllverbrennungswerk gebaut w erden soll. Dieser Beschluß wurde schon Mitte 1967 von allen Fraktionen des Stadtrats ohne Gegenstimme gefaßt, sogar der Wieblinger Stadtrat befürwortete das Unternehmen.

Bei der Müllverbrennung entstehen jede Stunde enorme Mengen von Gas, das einen hohen Anteil von Schwefliger Säure enthält, die bei der Verbrennung von Kunsstoffabfällen entsteht. Neben den gesundheitsschädlichen Auswirkungen stinkt das Ganze fürchterlich; ganz abgesehen von dem ständigen Strom von Müllfahrzeugen, die zum Werk fahren.

Warum wurde als Standort des Werkes Wieblingen ausgew ählt?

Es ist schwer zu glauben, daß der wesentlichste Grund die schon vorhandene Kläranlage ist, mit der das Müllwerk verbunden werden könnte. Daß billige Grundstückspreise oder schon vorhandene Grundstücke eine Rolle gespielt haben bei dieser Entscheidung, ist auch schwer anzunehmen, da sich auf dem Gelände in Richtung Oftersheim sehr viel billigere Grundstücke angeboten haben.

Viel wahrscheinlicher ist die Annahme, daß die vom SPD-Oberbürgermeister geleitete Stadtbürokratie davon ausging, daß in Wieblingen hauptsächlich Arbeiter und Angestellte wohnen, noch dazu zum großen Teil in Wohnungen, die der Gesellschaft für Grund- und Hausbesitz gehören, die wiederum ein Unternehmen der Stadt ist, dem Bürgermeister Kortz als Baudezernent der Stadt vorsteht.

Einerseits konnte Zundel und sein Baudezernent sicher sein, daß die Bewohner der stadteigenen Mietshäuser nichts gegen die Stadt unternehmen konnten, andererseits waren sie auch der Zustimmung des Stadtrats sicher, der ganz sicher nicht aus Leuten besteht, die zum einen Arbeiter sind und zum anderen von einem solchen Müllwerk betroffen wären. Die Herren des Stadtrats wohnen in anderen Wohngegenden.

Das geplante Müllwerk macht die Situation der Wieblinger noch schlechter als sie schon durch die laufend steigenden M ieten und die große Entfernung vom Arbeitsplatz und vom Stadtzentrum ist. - Schon bei der Rationalisierung der Heidelberger Straßenbahngesellschaft nahm die Stadt keine Rücksichr auf die arbeitende Bevölkerung Wieblingens. Im April 1964 wurde vom Straßenbahnverkehr auf Busse umgestellt, die in viel größeren Zeitabständen verkehren. Die zweite Maßnahme ist der Bau eines Müllwerks.

W ie versuchten sich nun die Wieblinger gegen diese Machenschaften zu schützen,?

Nach der Einführung des Busverkehrs nach Wieblingen erhob sich eine Zeit lang Protest aus der Bevölkerung, der sich in Leserzuschriften und ein paar Zeitungsartikeln über diese Problematik ausdrückte. Der Protest wra jedoch viel zu vereinzelt und viele interessierten sich auch gar nicht dafür, da sie sowieso das Auto benutzen. Die Straßenbahngesellschaft mit dem Oberbürgermeister an der Spitze hatte also gegen diese Maßnahme keinen Widerstand zu befürchten.

Bald nachdem das Müllwerkprojekt und seine Folgen bekannt waren, bildete sich eine Interessengemeinschaft W ieblinger Bürger, die sich aus den Herren Retzbach(Stadtteilvorsitzender), Ruland (SPD), Dr. Zahn (Leiter der Vertrauensarztstelle der Landesversicherungsanstalt), Prof. Schwendling, Bäuerle , Alber und Gehrmann zusammensetzte. Diese Herren versuchten gegen das Projekt aus verständlichen Gründen anzugehen: alle haben in Wieblingen Haus- und Grundbesitz, der durch die Auswirkungen eines solchen Werkes beträchtlich an Wert verlieren würde.
Es war diesen Herren jedoch klar, daß sie alleine nichts gegen die Pläne der Stadt unternehmen konnten. Sie mußten versuchen, auch innerhalb der auf Mietwohnungen angewiesenen Lohnabhängigen eine breite Basis zu finden, die dann als Druckmittel gegenüber Zundel und seinen Herren eingesetzt werden sollte. Gleichzeitig fanden sie jedoch auch eine starke Unterstützung unter den wohlhabenden Hausbesitzern, deren Mieteinnahmen natürlich nach dem Bau des Werks nicht weiter zu steigern wären. Ein Vertreter der W. Bühler -Erbengemeinschaft schrieb dazu am 22. 6. 69 an das Regierungspräsidium Nordbaden:

INHALT:

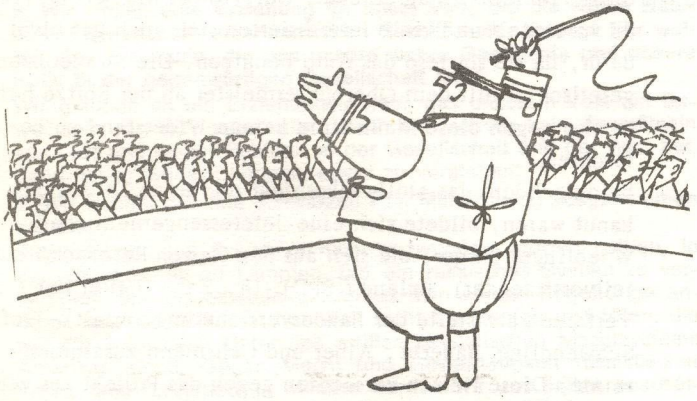
Wie auf dem Rücken der Wieblinger Politik gemacht wird

Krankenkasse im Wettbewerb - Folgen des Lohnfortzahlungsgesetzes

Tod in der Schnellpresse

"Als Eigentümer eines Mietwohngrundstückes in Heidelberg Mannheimer Starße 234 - 236 müssen wir daher unsre Einwendungen gegen das geplante Vorhaben geltend machen. Wir befürchten, daß bedingt durch die vorgenannten Gefahren, für uns eine wirtschaftliche Schädigung eintreten wird, da der gesamte Grundbesitz in einem dermaßen belasteten Stadteil entwertet wird. Sobald die Wohnungsnot behoben ist, wird es in Wieblingen nur noch sehr schwer möglich sein, Wohnungen zu gleichen Bedingungen wie in anderen Stadteilen zu vermieten. Wir beantragen daher, wenn trotz aller Einwendungen das Werk genehmigt wird, der Staat zu erkennen gibt, daß die wirtschaftlichen Belange einer Gemeinde höher bewertet werden als die Gesundheit deren Bewohner."

Der Brief drückt nichts anderes aus, als dass die Besitzer großer Häuser,(die sowieso nichts anderes tun, als von den hohen Mieten leben und mit diesem Geld womöglich noch mehr Häuser dazu kaufen) ihre Profitinteressen höher schätzen als die Gesundheit der Bevölkerung. Die Bevölkerung ist für sie nur solange interessant, solange sie regelmäßig einen großen Teil des Arbeitslohnes als Miete abführt.. Sie veranstalteten ein Bürgerforum, um erst einmal festzustellen, wie groß das Interesse der Wieblinger Bevölkerung ist und um damit gegenüber der Stadt eine bessere Verhandlungsposition einnehmen zu können. Das hinderte jedoch



die Stadt nicht daran, erst mal verbindliche Aufträge für das Werk in Höhe von 5,6 Millionen DM zu vergeben, ohne dass die für den Bau des Werks notwendige Genehmigung des Regierungspräsidiums (nach § 16 der Gemeindeordnung) vorgelegen hätte und ohne dass die Betroffenen überhaupt angehört worden wären. Das kann eigentlich niemanden verwundern, wenn man die vor kurzer Zeit im Stadtrat geführten Auseinandersetzungen verfolgt, die ein Licht auf die Mauscheleien Zundels und seiner Ratsherren werfen. (siehe HT vom 22.11. und 11.12. 69) Am 12. Juli 1969 wurde das Projekt im Baden-Württembergischen Staatsanzeiger angekündigt und wäre innerhalb von 14 Tagen rechtskräftig geworden, wenn nicht 2 600 Wieblinger Einspruch dagegen erhoben hätten, die durch das ständige Hin und Her von Leserbriefen Zundels, wie auch von der Interessengemeinschaft über den Gang der Dinge teilweise informiert war. Als dann die Angelegenheit auch von anderen Stadtteilvertretern aufgegriffen wurde, die im Einflußbereich des Werkes liegen, fühlte sich die CDU-Stadträtin Wanda von Baeyer-Katte, die kürzlich von Studenten aus dem Institut, in dem sie "ihre" Wissenschaft betreibt ausgesperrt wurde, zu einer Stellungnahme am 4.8. im HT berufen. Sie meinte, daß man das Problem aus dem Fahrwasser der Gemütserregung und der Demagogie herausnehmen und zurück zu klaren und sachlichen Überlegungen kommen solle. Damit denunziert sie alle die, die sich gegen eine ihnen von oben aufgezwungene Sache wehren als Demagogen und Volksaufhetzer. Diese sachlichen und klaren Überlegungen, bei denen sie Zundels Argumentationen meint stehen zwangsläufig im Widerspruch mit den Interessen der Lohnabhängigen, die nun mal auf Wohnungen angewiesen sind, in denen man auch wohnen kann. Um die Wieblinger wenigstens ein bißchen zu besänftigen und die Entscheidung über die Sache hinauszuzögern, bot dann auch gleich Regierungspräsident Munzinger an, mit ein paar gewählten Wieblingern über das Müllwerk zu verhandeln.

Am 12.9.69 fand das zweite Bürgerforum statt, das aber von der Interessengemeinschaft von vorneherein nur als eine reine Akklamationsveranstaltung durchgeführt werden sollte. Wieder wurden Sachverständige geladen, denen dann aber abgesagt wurde: "Das Bürgerforum am 12. September hat nur noch sekundären Charakter, da der gesamte Fragenkomplex in einem Anhörungsverfahren durch das Regierungspräsidium in den nächsten Wochen, das Datum liegt noch nicht fest, erörtert werden soll. Das Deutsche Fernsehen ist sehr wahrscheinlich bei diesem Anhörungsverfahren auch zugegen. .." (Brief Rulands vom 24.8.69 an Herrn Vogel in Zürich und an Herrn Berge).

Normalerweise hätte bei diesem Bürgerforum die Wahl einiger Wieblinger für die Verhandlungen mit Munzinger stattfinden müssen, stattdessen durften die versammelten Bürger den Ausführungen Zundels und der Interessengemeinschaft zuhören und Beifall klatschen, was den Eindruck nur verstärken kann, dass sich die Herren der Interessengemeinschaft kraft eigener Herrlichkeit schon selbst gewählt haben. Bei dieser Versammlung versuchte Zundel die Wieblinger massiv zu erpressen, indem er ihnen den schwarzen Peter zuschob, dass die schon geleisteten Zahlungen der Stadt aus Steuergeldern bei einem weiteren Widerstand gegen das Müllwerk verloren sein könnten. Dieser Vorwurf, dass sich die Wieblinger "stadtschädigend" verhalten, wurde von Zundel am 15.11. wiederholt und mit der Drohung verbunden: "Ich bin gespannt, wie lange sich die Bürger so etwas noch bieten lassen werden."

Bis zu diesem Zeitpunkt waren von der Stadt weitere 4 Millionen DM für Aufträge vergeben worden, obwohl immer noch keine Genehmigung vorlag und der Widerstand sich inzwischen verstärkt hatte. Zundel versuchte schon frühzeitig, die Interessengemeinschaft für seine Ziele einzuspannen: "Ich würde mich freuen, wenn sie die Befürchtungen Ihrer Mitglieder zerstreuen könnten." (Brief Zundels an Ruland vom 9.4.69) In der richtigen Einschätzung der Motive der Herren von der Interessengemeinschaft, versuchte er sie dann als Vermittler einzusetzen, indem er mit ihnen in kleinem intimen Kreis die Probleme erörterte und versuchte, eine Einigung zu erzielen. Vom Inhalt dieser Gespräche erfuhr man nichts.

Beim letzten Bürgerforum sagte ein Sprecher zu den versammelten Wieblingern: "Sie werden das Ding herkriegen, wenn sie nichts tun."(HT. 16.9.69) Nichts tun heißt in diesem Fall, Alles denen überlassen, deren Interessen zum einen nicht die der arbeitenden Bevölkerung sind und die zum anderen die Betroffenen nicht einmal über den Gang der Dinge in ausreichendem Maße informieren. Genau so

Es wird nicht gefragt, ob das Arbeitstempo zu schnell war oder Ermüdung durch die Arbeit zum Unfall führte. Entscheidend ist allein das Vorhandensein von Vorschriften Welche langen Gesichter würden die "Herren mit der weißen Weste" machen, wenn nach einem Arbeitsunfall oder der verweigerten Lohnfortzahlung an "Selbstverschuldner" eine Abteilung oder ein ganzer Betrieb unter genauer Einhaltung der Vorschriften arbeiten würde. Sie und die Presse würden über sinkende Produktionsergebnisse jammern und von "Bummelstreik" reden. So beim "Dienst nach Vorschrift" bei den Verkehrsbetrieben im letzten Jahr.

Was ist dazu zu sagen: Es ist ausgezeichnet, wenn die Presse über Bummelstreik lamentiert - viel besser als Nachrichten über tote Arbeiter in den Randspalten.

Krankenkasse im Wettbewerb

Folgen des Lohnfortzahlungsgesetzes

Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, für die Arbeiter in Schleswig - Holstein 1956/57 noch gestreikt hatten, ist den Kapitalisten ab 1.1.70 als ein Wahlgeschenk für die Lohnabhängigen aufgebrummt worden. Das Lohnfortzahlungsgesetz, das für Angestellte schon seit 1931 besteht, wurde dreieinhalb Monate vor der Wahl im Juni 69 verabschiedet. CDU und SPD, damals noch koaliert, stritten sich dabei schon heftig. Sie rangelten nicht mehr deswegen, weil die CDU in diesem Punkte die unmittelbaren Interessen der Unternehmer vertrat - das übernahm damals die FDP diegegen das Gesetz stimmte - sondern CDU und SPD beanspruchten jede für sich, Urheber des Gesetzes zu sein. Jede Partei wollte sich möglichst viele Wählerstimmen einheimsen

Das Lohnfortzahlungsgesetz bedeutet, daß ein kranker Arbeiter falls er arbeitsunfähig ist, für sechs Wochen seinen Lohn bezahlt bekommt. Dabei können auch Überstunden berücksichtigt werden. Das ist zweifellos eine Verbesserung der Lage der Arbeiter, die im Zusammenhang mit anderen Maßnahmen mehrere Konsequenzen hat.

1. Die Beiträge werden gesenkt. Als erwünschte Grenze der Beiträge (Sollgrenze) wurden 8% angegeben. In Heidelberg werden es allerdings 8,4% des Lohnes sein.

2. Der Anspruch auf Lohnfortzahlung ist nicht an die Dauer der Betriebszugehörigkeit gebunden, sofern der Arbeitsvertrag länger als 4 Wochen dauert.

3. Es sind Verbesserungen in den Leistungen für den einzelnen vorgesehen. Es wird z.B. mehr Geld für Arzneimittel gezahlt, höhere Zuschüsse gegeben und für mehr Dinge.

4. Durch die Lohnfortzahlung werden der Beitrag für Rentenversicherung, für die Krankenkasse und die Steuern weiterbezahlt. Die spätere Rente wird daher nicht geringer, wenn ein Arbeiter häufiger krank gewesen ist. Der Staat verliert dann auch keine Steuern und die Krankenkasse keine Beiträge.

5. Gleichzeitig wurde festgelegt, daß der Versicherte statt pauschal DM 1,- für das Rezept jetzt 20% der Arzneimittelkosten selbst zahlt, allerdings nicht mehr als DM 2,50 für ein Rezept. Das heißt, wenn die Arzneien 12,5o und mehr kosten, muß man 2,50 DM zahlen. Bei den heutigen Arzneimittelpreisen ist es schnell soweit. Noch kleinkarierter erscheint diese Maßnahme dadurch, daß man die 2,50DM von der Steuer absetzen kann: erst werden die AOK Beiträge gesenkt, um sie durch 20% Beteiligung hinterrücks wieder zu erhöhen. Das wird dann wieder ein bißchen zurückgenommen, dadurch, daß man villeicht etwas weniger Steuern zahlt, falls man nicht vergißt, die 2,50DM -Beläge zu sammeln und einzureichen. Der Sinn dieser Manöver ist aber nicht kleinkariert: die Krankenkasse soll gegenüber den privaten Angestelltenversicherungen wettbewerbsfähig werden. in dem Zusammenhang wird eine weitere Regelung wichtig.

6. Für jeden nicht beanspruchten Krankenschein im Quartal bekommt man eine Prämie von DM 10,-, jedoch nur D M 30,- wenn man in einem ganzen Jahr nicht beim Arzt war.

Mit der Prämie und der 20%tigen Beteiligung an den Arzneimitteln sollen die Kosten der Krankenkassen gesenkt werden. Jeder soll sich überlegen, ob er zum Arzt geht und ein Rezept will. Spätestens am Monatsende macht es schon was aus, ungefähr DM 12,50 mehr oder weniger zu haben. Die Krankenkasse allerdings spart natürlich noch vielmehr: Die Arztkosten und das Geld für die Arzneimittel, was mit Sicherheit mehr ausmacht.

Berücksichtigt man Untersuchungen an Arbeitern, die in Baden- Württemberg gemacht wurden, so ergibt sich, daß Arbeiter sich zudem viel zu selten vom Arzt behandeln lassen: . "Nur etwas über 40% der vorsorglich untersuchten Sozialversicherten konnten als gesund bezeichnet werden" (FR.18.11.69) Durch die 20%Regelung und die Prämienrückzahlung wird die verständliche Hemmung zum Arzt

verhindern sie, daß die Betroffenen etwas tun können.

Die erste Frage die jetzt auftaucht ist die: Wer vertritt eigentlich die Interessen der Wieblinger Bevölkerung? Die Interessengemeinschaft beruft kein Bürgerforum mehr ein, weil sie offensichtliche Grund hat, das nicht zu tun. A ber ebenso offensichtlich ist, daß sie kein Monopol zum Einberufen eines Bürgerforums hat.

Im nächsten Roten Kommentar:
Bonno Schütter, der Betriebsrat der Klöckner Hütte Bremen und zwei seiner Kollegen werden von der IG - Metall ausgeschlossen. Im nächsten Roten Kommentar erscheint ein Artikel über die Hintergründe dieses Ausschlusses.

Außerdem wird eine Bilanzanalyse der Schnellpresse (Heidelberger Druckmaschinen AG) abgedruckt werden.

Tod in der Schnellpresse

Am 13. dieses Monats wurde in der Schnellpresse (Heidelberger Druckmaschinen AG) Wiesloch, in der Halle 4 eine 38-jährige Frau von einem elektronisch gesteuerten Regalstabler erdrückt. Die Lokalpresse nahm nur am Rande davon Notiz. Sie spricht von ungeklärten Gründen: "Warum Frau B. von ihrem büromäßig abgeteilten Steuerpult in den Regalflur trat, blieb bisher ungeklärt." (Ht, 14. 1. 70) Das hört sich so an, als ob die Frau überhaupt keinen dienstlichen Grund gehabt hätte, ihren Arbeitsplatz zu verlassen.

Was glaubt die Presse eigentlich? Vielleicht dass die Frau aus Neugierde, Langeweile oder um einen Spaziergang zu machen in den Regalflur trat. Natürlich berichtet die Presse nicht darüber, dass am Vortag ein Arbeiter sich geweigert hatte, die Halle zu betreten, mit dem Hinweis darauf, es seien keine, auch nicht die geringsten Sicherheitsvorkehrungen vorhanden. Er kam in Konflikt mit seinem Vorgesetzten, der ihm die Anweisung gegeben hatte, etwas aus der Halle zu holen.

Wenn man jemanden in ein voll automatisiertes Lager schickt, um etwas zu holen, dann bedeutet das, dass die A nlage nicht richtig funktioniert. Die Frau wird den Regalflur also nicht aus irgendwelchen persönlichen oder mysteriösen Gründen betreten haben, sondern weil die Anlage nicht funktioniert hat. Kollegen der Frau sprechen davon, dass sie in die voll automatische Anlage geschickt wurde, um Ersatzteile zu holen.

Wenn dies nicht der Fall war, wie konnte die Frau so einfach in den Tod laufen? Wo waren die Sicherheitsvorkehrungen, Schutzgitter usw. ?

Die Presse schweigt sich natürlich aus; die RNZ brachte die Meldung nur in der Landausgabe. Die Auftraggeber von Stellenanzeigen (Annocen sind die finanzielle Grundlage einer Zeitung) dürfen nicht verstimmt werden. Was bedeutet da der Tod einer Angestellten! Zeitungsverleger sind auch Unternehmer, einer deckt den anderen. Für die Presse sind es halt "ungeklärte" Ursachen.

Licht auf die "dunkle Geschichte" wirft das Verhalten der Betriebsleitung. Am selben Abend wurden dem Ehemann DM 2 ooo.- angeboten. Wer die soziale Einstellung der Schnellpresse kennt, z.B. Aussperrung und das Absetzen der Weihnachtsfeier für die Betriebspensionäre, den muss das wundern. Hatten die Herren geglaubt, DM 2 000,- Schweigegeld sind billiger als eine aufgebrachte Belegschaft und eventuell ein Zivilprozess?

Was passiert nach dem tödlichen Unfall im Betrieb? Wenn keine Sicherheitsvorrichtungen in der Halle 4 vorhanden waren, wird das schleunigst nachgeholt und eine Unfallbelehrung an die Belegschaft erteilt. Wenn Sicherheitsvorkehrungen getroffen waren, stellen die Vorgesetzten fest, es war halt Leichtsinn oder Nachlässigkeit der Frau. Sie hätte sich an die Vorschriften, also auch an die Unfallverhütungsvorschriften halten müssen.

Sind Unfallverhütungsvorschriften dazu da, die Arbeiter vor Unfällen zu schützen?

Die Frage scheint auf den ersten Blick unsinnig. Wie sehen aber die Unfallverhütungsvorschriften aus? Bis ins kleinste Detail werden die Unfallgefahren eines jeden Arbeitsganges und deren Verhütung beschrieben. Aber im Betrieb wird meistens nicht darauf geachtet, weil das Arbeitstempo durch Akkord - und Fließbandarbaeit, Prämien- und Leistungslohn oder Antreibereien durch den Vorgesetzten hochgeschraubt wird.
Die Vorgesetzten wissen sehr genau, dass die Unfallverhütungsvorschriften oft außer Acht gelassen werden. Die Profitinteressen der Kapitalisten sind wichtiger als die Gesundheit oder das Leben des einzelnen Arbeiters. Sie erzwingen die systematische Mißachtung von Unfallverhütungsvorschriften. Kommt aber ein Arbeiter unter die Rader dieses Widerspruchs, dann passiert folgendes: Der Betrieb kann in den überwiegenden Fällen seine "weiße Weste" vorzeigen. Unfallverhütungsvorschriften hängen am Arbeitsplatz, Unfallverhütungsmittel liegen aus. Es liegt also "nur" an den Arbeitern. Wird einmal eine Nachlässigkeit des Betriebs festgestellt, dann kriegt der Kapitalist kein Produktionsverbot, sondern eine Geldstrafe, die ihn nicht juckt.

Oft kommt es vor, dass Arbeiter, die neu im Betrieb sind, so schnell eingelernt werden, dass keine Zeit bleibt, sie auf die Gefahren des Produktionsprozesses aufmerksam zu machen. Bei Harvester verliess kürzlich ein Arbeiter am ersten Arbeitstag nach zwei Stunden den Betrieb mit zwei Fingern weniger, die er in der Maschine gelassen hatte.

Wehe wenn ein "Selbstverschulden" des Arbeiters vorliegt! Nicht nur, dass der Arbeiter mit seiner Gesundheit bezahlt und um seinen Arbeitsplatz fürchten muss, er und seine Familie können sich nicht darauf verlassen, dass ihm im Krankheitsfall der Lohn weiter gezahlt wird. Wenn nämlich "Selbstverschulden" vorliegt, braucht der Kapitalist keinen Lohn weiter zahlen, (die neueste soziale Errungenschaft, - das Lohnfortzahlungsgesetz - ein Geschenk der "Volksvertreter" im Bundestag.

zu gehen noch unterstützt. Einen Anspruch auf Lohnfortzahlung hat man aber dann nicht, wenn man an der Arbeitsunfähigkeit selbst schuld ist. Z.B. wenn man nicht rechtzeitig und oft genug zum Arzt gegangen ist. Das , wozu man angestiftet wird von den Gesetzgebern, den "großen Sozialreformern", schlägt auf den Angestifteten zurück.

"Auf Kosten der Versicherten soll sich die Pflichtkrankenkasse mindestens selbst tragen können"

Die Verkündigung der Wettbewerbsfähigkeit der Pflichtversicheru ng, die dargestellt wird als Vergleichbarkeit der Leistungen hat zu Protesten der Ersatzkassen geführt. Sie fürchten, auch im Zusammenhang mit der Erhöhung der Pflichtversicherungsgrenze auf DM 1 200, -- um ihre Profite. Sieht man sich die neuen Regelungen an, wird man den Verdacht nicht los, daß sich die Wettbewerbsfähigkeit nicht nur auf Leistungen erstreckt, sondern , daß es sich auch hier um eine bestimmte Form der Profitmacherei handelt, ohne große Rücksicht auf die Gesundheit der Lohnabhängigen. Überschüsse der Ortskrankenkassen werden an die Landesversicherungsanstalten abgeführt. Die Landesversicherungsanstalt zahlt, einerseits einen gewissen Ausgleich an die Ersatzkassen, andererseits ist sie ein Mittel staatlicher Kredit- und Investitionspolitik. Deren Nutznießer sind in beiden Fällen wohl nicht Pflichtversicherte. So wurde z.B. in Wiesbaden eine moderne Klinik zur Feststellung von Krankheiten gebaut, mit staatlichen Mitteln, für Privatpatienten, da die Krankenkasse vorerst den dortigen Spezialisten zu wenig zahlt.

"Die AOK ist keine Arme-leute-Kasse mehr"

Das verkündeten Vertreter der AOK Heidelberg. Die Vertreter der Ortskrankenkasse fühlen sich also von einem Makel befreit, der sie sehr bedrückt hat. Es ist offensichtlich eine Schande, wenn man es nicht mit "Reichen" zu tun hat, sondern mit Arbeitern, Rentnern und kleinen Angestellten, deren Arbeit allerdings die Grundlage von gesellschaftlichem Reichtum ist.

Das soll sich jetzt geändert haben. Zwar wurde die Pflichtversicherungsgrenze angehoben. Das heißt aber noch lange nicht, daß die Unternehmer, die sich den gesellschaftlichen Reichtum aneignen, da sie ja die Betriebe besitzen, Mitglieder der Krankenkasse geworden sind. Auch gibt es noch bei den meisten Ärzten zwei Sorten von Krankenzimmern: Eines ist meist überfüllt und schäbig eingerichtet, das andere gemütliche bleibt den Unternehmern und sonstigen Höhergestellten vorbehalten. Sie müssen längst nicht solange warten bis der Arzt sie mit einer der Bezahlung entsprechenden Aufmerksamkeit und entsprechendem Zeitaufwand behandelt. Die anderen werden umso schneller abgefertigt. Gleichfalls gibt es immer noch drei Klassen in den Krankenhäusern, wobei die Behandlung sich nach der Höhe der Bezahlung richtet. Für AOK Patienten gibt es nur dritter Klasse. Kein Wunder, daß man sich als Arbeiter nur wenn es unbedingt nötig ist, ärztlich behandeln läßt.

Solange derartige Unterschiede bestehen wird der sozialen Krankenversicherung der Ruch der 'Arme-Leute' -Kasse anhaften., trotz Presseerklärungen. Da diese Unterschiede durch die kapitalistische Gesellschaft bedingt sind, werden sie sich auch nicht von alleine allmählich aufheben.

Donnerstag 22. Jan. 1970

Vertreter der Black-Panther Partei

sprechen in der Neuen Uni

Hörsaal 13, 20°°h

Die Black Panther Partei ist die radikalste Organisation der schwarzen Arbeiter, die gegen die Unterdrückung der schwarzen und weißen Arbeiter kämpft. Eben deshalb versuchen die amerikanischen Kapitalisten mit ihren Polizeimacht, die Black Panther-Partei systematisch auszurotten.

→

10-Punkte-Programm der Black Panther Partei Oktober 1966

2. Wir wollen Vollbeschäftigung für unser Volk.
Wir glauben, daß die Bundesregierung verantwortlich und verpflichtet ist, jedem Beschäftigung und ein garantiertes Einkommen zu verschaffen. Wir glauben, daß, wenn die weißen amerikanischen Unternehmer Vollbeschäftigung nicht geben werden, dann die Produktionsmittel den privaten Unternehmern genommen und in gesellschaftliches Eigentum überführt werden sollten, so daß alle Mitglieder der Gesellschaft organisiert und beschäftigt werden können und einen hohen Lebensstandard erhalten.

3. Wir wollen, daß dem Ausrauben unserer schwarzen Gemeinde durch den Weißen ein Ende gesetzt wird.
Wir glauben, daß das rassistische Herrschaftssystem uns ausgeraubt hat und wir klagen jetzt die überfälligen Schulden von „vierzig Äckern und zwei Maultieren" ein. Vierzig Äcker und zwei Maultiere wurden vor 100 Jahren versprochen als Wiedergutmachung für Sklavenarbeit und Massenmord an Schwarzen. Wir akzeptieren die Zahlung in Geld, das an unsere vielen Gemeinden verteilt werden wird. Die Deutschen helfen jetzt den Juden in Israel wegen des Völkermordes am jüdischen Volk. Die Deutschen mordeten sechs Millionen Juden. Der amerikanische Rassismus war beteiligt an dem Hinschlachten von über fünfzig Millionen Schwarzen; wir sind daher der Ansicht, daß unsere Forderung bescheiden ist.

4. Wir wollen anständige, menschenwürdige Wohnungen.
Wir glauben, daß wenn die weißen Hausbesitzer der schwarzen Gemeinde keine anständigen Wohnungen geben, dann Wohnhäuser und Land von Kooperativen verwaltet werden sollten, so daß unsere Gemeinde, mit Hilfe der Regierung, anständige Wohnungen für ihre Menschen bauen und unterhalten kann.

5. Wir wollen eine Erziehung für unser Volk, die die wahre Natur dieser dekadenten amerikanischen Gesellschaft offenlegt. Wir wollen eine Erziehung, die uns unsere wahre Geschichte und unsere Rolle in der gegenwärtigen Gesellschaft lehrt.
Wir glauben an ein Erziehungssystem, das unserem Volk ein Bewußtsein von sich selbst gibt. Wenn ein Mensch kein Bewußtsein von sich und seiner Position in der Gesellschaft und der Welt hat, dann hat er wenig Chancen, etwas zu verstehen.

6. Wir wollen, daß alle Schwarzen vom Militärdienst ausgenommen werden.
Wir glauben, daß Schwarze nicht gezwungen werden sollten, in den Streitkräften zu kämpfen, um ein rassisches System zu verteidigen, das unsselbstnichtbeschützt. Wir werden Angehörige anderer farbiger Völker in der Welt nicht bekämpfen und töten, die wie die Schwarzen Opfer des weißen rassistischen Machtsystems Amerikas sinnd. Gegen Macht und Gewalttätigkeit rassistischer Polizei und rassistischen Militärs werden wir uns selbst beschützen, welche Mittel auch immer notwendig sein mögen.

7. Wir wollen, daß der Polizei-Brutalität und dem Polizei-Morden ein sofortiges Ende gesetzt wird
Wir glauben, wir können die Brutalität der Polizei in unserer schwarzen Gemeinde dadurch beenden, daß wir schwarze Selbstverteidigungsgruppen organisieren, die sich zur Aufgabe stellen, unsere schwarze Gemeinde gegen rassistische polizeiliche Unterdrückung und Brutalität zu verteidigen. Im Zweiten Amendment zur Verfassung der Vereinigten Staaten ist das Recht festgelegt, Waffen zu tragen. Daher glauben wir, daß alle Schwarzen sich zu Selbstverteidigungszwecken bewaffnen sollten.

8. Wir wollen Freiheit für alle Schwarzen, die gegenwärtig in Bundes-, Staats-, Kreis- und Stadtgefängnissen gehalten werden.
Wir glauben, daß alle Schwarzen aus Gefängnissen und Zuchthäusern entlassen werden sollten, da sie keine faire und unparteiische Gerichtsverhandlung erhalten haben

9. Wir wollen, daß alle Schwarzen vor Gericht von Mitgliedern ihrer eigenen Herkunftsgruppe beurteilt werden, wie in der Verfassung der Vereinigten Staaten vorgesehen
Wir glauben, daß die Gerichte der Verfassung der Vereinigten Staaten folgen sollten, so daß Schwarze faire Gerichtsverhandlungen erhalten. Das Vierzehnte Amendment zur US-Verfassung gibt jedem das Recht, von seiner „peer"-Gruppe gerichtlich beurteilt zu werden. Ein „peer" ist eine Person mit ähnlichen ökonomischen, sozialen, religiösen, geograpphischen, umgebungsmäßigen, historischen und rassischen Hintergrund. Um das zu gewährleisten, ist das Gericht gezwungen, eine Jury aus der schwarzen Gemeinde auszuwählen, aus der der schwarze Angeklagte stammt. Über uns haben total weiße Jurys zu Gericht gesessen und tun es noch, die kein Verständnis für den „durchschnittlich denkenden Mann" aus der schwarzen Gemeinde aufbringen

1. Wir wollen Freiheit. Wir wollen Macht, das Schicksal unserer schwarzen Gemeinde zu bestimmen.
Wir glauben, daß die Schwarzen nicht frei sein werden, bis sie über ihr Schicksal selbst bestimmen können.

10. Wir wollen Land, Brot, Wohnungen, Erziehung, Kleider, Gerechtigkeit und Frieden. Und als unser hauptsächliches politisches Ziel ein von den Vereinten Nationen überwachtes Plebiszit in der schwarzen Kolonie, in dem nur die schwarzen Kolonialuntertanen teilnehmen dürfen, um den Willen des schwarzen Volkes hinsichtlich seines weiteren nationalen Schicksals festzulegen

Wenn es im Laufe der Geschichte für ein Volk notwendig wird, die politischen Bande, die es mit einem anderen verbunden haben, zu lösen und unter den Mächten der Erde eine eigene und gleiche Position einzunehmen, zu der die Gesetze der Natur und des Gottes der Natur es berechtigt, dann verlangt ein angemessener Respekt vor den Meinungen der Menschheit, daß es die Ursachen erklärt, die es zur Separation zwingen.

Wir halten diese Wahrheiten für selbst-einsichtig: daß alle Menschen gleich geschaffen sind; daß sie von ihrem Schöpfer mit bestimmten unveräußerlichen Rechten begabt sind; daß zu diesen gehören Leben, Freiheit und das Streben nach Glück. **Daß um diese Rechte zu sichern, Regierungen unter Menschen eingerichtet sind, deren gerechte Macht sich herleitet aus dem Konsensus der Regierten; daß, wenn immer eine bestimmte Regierungsform im Hinblick auf diese Ziele destruktiv wird, es das Recht des Volkes ist, das Regierungssystem zu ändern oder zu zerschlagen und eine neue Regierung einzurichten, deren Grundlagen auf solchen Prinzipien ruhen und deren Macht in einer Weise organisiert ist, daß sie dem Volk am ehesten Sicherheit und Glück zu verschaffen versprechen.** Klugheit verlangt, daß lang etablierte Regierungen nicht geändert werden sollten wegen leichter und vorübergehender Ursachen; und übereinstimmend hat alle Erfahrung gezeigt, daß die Menschheit eher dazu neigt zu leiden, solange die Übel noch erträglich sind, als sich neu einzurichten, indem sie die gewohnten Formen zerschlägt. **Wenn aber eine lange Kette von Mißbräuchen und Rechtsbrüchen, die unveränderlich dasselbe Ziel verfolgen, ein Muster absoluter Despotismus hervorbringt, dann ist es ihr Recht, dann ist es ihre Pflicht, eine solche Regierung abzuwerfen und neue Kontrollmittel für ihre zukünftige Sicherheit vorzusehen.**

Black Panther Masi über die Stellung zu weißen Arbeitern

Ein anderer Punkt, der einer Klärung bedarf, ist die Rolle der radikalen weißen Arbeiter. Die radikalen weißen Arbeiter sind am besten geeignet, um Rassismus, Dummheit und politische Rückständigkeit, die in der ganzen weißen Gemeinde besteht, zu bekämpfen. Wir können auf keinen Fall von Arbeiterbrüdern aus den Gewerkschaftsfraktionen der Panther, DRUM oder anderer revolutionärer schwarzer Gruppen erwarten, daß sie unter die weißen Arbeiter gehen, so lange der Rassismus dort noch wütet. Das wäre nicht anders, als wenn ich und diese vier Brüder hier nach Mobile (Alabama) gingen, um mit den weißen dort aufzuräumen. Es würde wahrscheinlich nicht nur reiner Selbstmord sein, es wäre wahnsinnig, ein unpolitisches Vorgehen. Aber es gibt eine Aufgabe. Wir erleben oft, daß radikale weiße Arbeiter gerne in die schwarze Gemeinde kommen und deren Angelegenheiten erledigen möchten oder zu den schwarzen Arbeitern kommen, um deren Problem zu lösen. Diese Einstellung ist sehr edel, aber nicht im geringsten praktisch. Denn einerseits ist die Annahme, daß die schwarzen Arbeiter nicht genug Verstand haben, um für sich selbst zu sorgen, eine wirkliche rassistische Selbsttäuschung, die Bekundung einer durch und durch rassistischen Haltung. Zum anderen dient man dem Interesse der gesamten Arbeiterklasse am besten, wenn jeder in seine eigene Gemeinde geht, denn dieses Mosaik, das man als Schmelztiegel hinzustellen versuchte, dieses ethnische Mosaik ist nichts als ein durcheinandergewürfeltes Mischmasch. Der Rassismus ist in einem Ausmaß institutionalisiert wie niemals zuvor in der Geschichte der Menschheit. Ich verstehe darunter, daß er vom Telestar herabgesandt und über die Welt verbreitet wird. Sie senden ihn durch Kabel unter dem Ozean, er ist in den Comics, den Sonntagszeitungen, in Rundfunk und Fernsehen. Deshalb ist es reiner Idealismus, diese Tatsache zu leugnen. Es ist äußerst dumm und politisch rückständig, die Tatsache zu bestreiten, daß der wichtigste Kampf der Klassenkampf ist. Das gilt für Schwarze so gut wie für Weiße. Jetzt können wir an diesem Grundverständnis ansetzen und wahrscheinlich etwas erreichen.